

SEKRETARIAT DER STÄNDIGEN KONFERENZ
DER KULTUSMINISTER DER LÄNDER
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Empfehlung

zur Optimierung und Vereinheitlichung der schulischen Angebote im Übergangssystem

„Lebenschancen eröffnen - Qualifikationspotenziale ausschöpfen - Übergänge gestalten“

(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2013)

Ausgangslage

Die Weichen für eine erfolgreiche Berufswahlentscheidung und damit für den Übergang in eine Berufsausbildung werden durch die verbindliche praxisorientierte Berufsorientierung mit individuellen Empfehlungen in den Schulen der Sekundarstufe I gestellt.

Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufs- und Arbeitswelt war und ist für einen Teil der Schulabgänger mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Ausschlaggebend dafür sind nicht allein individuell bedingte Nachteile, sondern auch das in der Vergangenheit über Jahre hinweg unausgeglichene Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, was zu einer beträchtlichen quantitativen Ausdehnung des Übergangssystems mit einer kaum noch überschaubaren Vielfalt an Maßnahmen geführt hat. Immer noch durchlaufen auch ausbildungsreife Jugendliche Maßnahmen und Bildungsangebote, die den Eintritt in eine vollqualifizierende Berufsausbildung verzögern.

Divergierende Zuständigkeiten und Finanzierungssysteme, Fragmentierung sowie mangelnde Transparenz sind hemmende Faktoren, die das originäre Ziel des Übergangssystems beeinträchtigen, Jugendliche mit Unterstützungsbedarf in Ausbildung und Arbeit zu integrieren.

Trotz der demografischen Entwicklung wird in langfristigen Prognosen für 2025 davon ausgegangen, dass immer noch ca. 240.000 Jugendliche mit einem jährlichen finanziellen Ressourcenaufwand von ca. 3,3 Mrd. Euro im Übergangssystem versorgt werden müssen, falls keine grundsätzliche Intervention erfolgt (Bildung in Deutschland 2010). Im Bildungsgesamtsystem stellt dieser Sektor damit einen Bereich dar, der mit Blick auf soziale und regionale Disparitäten weiterhin ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und politischer Gestaltung erfordert.

Ziel

Alle jungen Menschen sollen ihre Lebenschancen nutzen und ihre Qualifikationspotenziale entfalten können. Ein passgenauer, effektiver und transparent gestalteter Übergang muss vor dem Hintergrund des zukünftigen Fachkräftebedarfs dort einen Beitrag leisten, wo der direkte Einstieg in eine Berufsausbildung nach der allgemeinbildenden Schule nicht gelingt. Anschluss- und Abschlussorientierung sind sicher zu stellen.

Empfehlung

Die Länder verabreden, den Übergang von der Schule in den Beruf an folgenden Grundsätzen zu orientieren und diese gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren umzusetzen:

1. Die curriculare Gestaltung von Bildungsangeboten im Übergangssystem ist grundsätzlich an den Zielen und Inhalten anerkannter Ausbildungsberufe ausgerichtet. Die Integration betrieblicher Praxisphasen steigert den praxisnahen Kompetenzerwerb und fördert die Berufswahlentscheidung der Jugendlichen. Dazu bedarf es der Bereitschaft der Wirtschaft, Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine solche dualisierte Ausbildungsvorbereitung ist für diese Jugendlichen der chancenreichste Weg in eine betriebliche Ausbildung. Unterricht und Betriebspraxis sind inhaltlich und organisatorisch durch lernortübergreifende Kompetenzanforderungen zu verzahnen.
2. Durch differenzierte Angebote beim Übergang wird ein flexibles Instrumentarium geschaffen, das zu einem Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung hinführt. Anschlussfähigkeit wird durch fachübergreifende Kompetenzen und nachweisbare ausbildungsbezogene Qualifikationen (z. B. durch bundesweit einheitliche Ausbildungs- und Qualifizierungsbausteine) gewährleistet, die anrechnungsfähig auf eine sich anschließende Berufsausbildung sind. Durch die Anrechnung leistet die Wirtschaft einen Beitrag zur Motivation der Jugendlichen und zur Effizienz der Bildungsangebote.
3. Alle ausbildungsreifen und ausbildungswilligen Jugendlichen erhalten ein Angebot für eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, vorzugsweise im System der dualen Berufsausbildung. Auch kann die Vermittlung in ein subsidiäres Angebot erfolgen, das auf einen anerkannten Berufsabschluss bzw. jederzeitigen Übergang in eine betriebliche Berufsausbildung abzielt.
4. Die enge Abstimmung zwischen Bund, Ländern sowie der Bundesagentur für Arbeit stellt sicher, dass Ressourcen effizient, zielgerichtet und nach einheitlichen Kriterien zum Aufbau eines nachhaltigen Unterstützungssystems zur passgenauen Beratung und Förderung eingesetzt werden.

5. Die strategische und operative Steuerung des Übergangssystems erfolgt auf Landesebene zwischen allen Beteiligten und setzt dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen voraus.
6. In einem regionalen Übergangsmanagement werden Maßnahmen und Bildungsangebote zwischen allen Akteuren abgestimmt und ein Monitoring durchgeführt. Eine erfolgreiche Koordinierung zeichnet sich durch hohe regionale Akzeptanz aus, berücksichtigt institutionelle Unterschiede und dient der Schaffung von Strukturen in einem partizipativen Prozess. Berufsbildende Schulen sind wichtige Partner beim Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die berufliche Bildung. Insbesondere für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf ist dabei ein zielorientiertes, adressatengenaues Matching erforderlich. Jugendliche und Ausbildungsbetriebe benötigen Begleitung und Unterstützung, z.B. durch Berufseinstiegsbegleiterinnen und Berufseinstiegsbegleiter.

Ausblick

Eine verbindliche Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen eröffnet den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Potentiale zu entwickeln und eine qualifizierte Berufswahlentscheidung zu treffen. Die konsequente Ausrichtung des Übergangssystems an den aufgeführten Grundsätzen ermöglicht darüber hinaus eine individuelle, passgenaue Förderung für Jugendliche mit Startschwierigkeiten. Damit wird das Übergangssystem langfristig zu einem effizienten Instrument, das nur noch für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf zur Verfügung stehen muss. Die Länder werden ihren Beitrag dazu leisten, indem die Bildungsgänge der schulischen Ausbildungsvorbereitung entsprechend der vorgenannten Grundsätze optimiert und vereinheitlicht werden.